

An die Mitglieder der GEW Hamburg, anderer DGB-Gewerkschaften und andere Menschen

Offener Brief und Aufruf zur Solidarität mit der Gewerkschaftslinken Hamburg und dem Hamburger Forum für Völkerverständigung und internationale Abrüstung

Wir fordern Euch auf, Druck auf den Hamburger GEW-Vorstand auszuüben, seinen Beschluß zurückzunehmen, der Gewerkschaftslinken HH (im weiteren : GL) und dem Hamburger Forum (im weiteren : HF) die unentgeltliche Nutzung der Räume des Curiohauses ab sofort zu verweigern. Die Begründung des Vorstandes, die GL und das HF seien 'rechtsoffen', ist absurd. Sie stützt sich ausschließlich auf deren Teilnahme an öffentlichen Veranstaltungen wie "Kunsthallen"- und "Rathausdemos", bei denen angeblich auch 'Rechte Strukturen' anwesend gewesen sein sollen. Abgesehen von der mangelnden Definierung, was 'rechte Strukturen' ausmacht, ist es bei öffentlichen Veranstaltungen schlicht unmöglich, die Teilnahme z.B. von Reichsbürgern zu verhindern, sofern diese sich nicht als solche zu erkennen geben. Und selbst dann schränkt das Versammlungsrecht die Bestimmungsgewalt von Veranstaltern öffentlicher Versammlungen ein; weiterhin ist es eine Frage des praktischen Kräfteverhältnisses, unerwünschte Gruppen rauszudrängen.

Aber der Konflikt, der jetzt in dem fraglichen GEW-Vorstandsbeschluß seinen aktuellen machtpolitischen Ausdruck findet, ist viel grundsätzlicher und älter als 'Coronapolitik' und 'Ukrainekrieg'. Es ging und geht um die Durchsetzung der gesellschaftlichen Hegemonie der 'Beute'-Bürger und ihrer Kompradoren. Hier die der Gewerkschafts-professionellen 'Sozialpartner' (oft SPD-verfilzt), die schon seit Ende des 2. Weltkriegs dafür gesorgt haben, Gewerkschaften und Gewerkschafter auf die ihnen von den Westalliierten zugewiesene Rolle als rein systemimmanente 'Tarifpartei' im antikommunistischen Bollwerk BRD zuzurichten. Fortgesetzt wurde dies in den 70iger- und 80iger Jahren mit dem Rauswurf kämpferischer Kollegen und teils ganzer Betriebsgruppen mittels der 'Unvereinbarkeitsbeschlüsse'. Diese Vorgehensweise zieht sich im übrigen durch bis heute.

Im vorliegenden Fall erfolgt die propagandistische und praktische Ausgrenzungspolitik im Verein mit Gruppierungen aus der sogenannten 'Zivilgesellschaft', die ihre Pfründe in (N)GO's, Stiftungen, im akademischen Bereich u.a.; ihr Brauchtum, Minderheits- und Minderheiteninteressen mit all ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln unter dem Dach des Bündnis gegen Rechts durchsetzen.

Und derer haben diese gut in Herrschaftsstrukturen und vor allem dem Propagandaapparat der Medien und Kulturindustrie Vernetzten viele zur Verfügung! Zur Legitimation schmücken sie sich mit den Attributen 'links' und 'antifaschistisch' und gebärden sich so als unangreifbare moralischen Instanzen. Auf Basis dieses Etikettenschwindels diffamieren und diskreditieren sie mit Vorwürfen der 'Rechtsoffenheit', des 'Antisemitismus', 'Rassismus', 'Sexismus' und Ähnlichen alle diejenigen, die der Propaganda und Politik des "Wertewestens" skeptisch gegenüberstehen oder Opfer dessen sind - sei es während der Hochzeit der Coronaepidemie der Protest gegen Impfwang und unangemessene Maßnahmen, oder gegen die de facto gleichgeschaltete Medienberichterstattung und pro-faschistische 'Krieg bis zum Sieg'-Kampagne der regierenden und pseudeoppositionellen Bellizisten.

Wir befinden uns heute in einer politischen Situation, die systematisch in den vergangenen Jahrzehnten auch unter Beteiligung des DGB und der 'Zivilgesellschaft', sowie vieler sich als 'Autonome' und 'Linke' Definierende geschaffen wurde. Große Zäsuren waren die feindliche Übernahme der DDR, die Zerstörung der Existenz, der Lebensleistung, der Sozialstandards, der Infrastruktur, des kulturellen Lebens, sowie die versuchte Auslöschung durch 'Umlügen' von Geschichte und Erfahrungen der Mehrheit der Ostdeutschen. Die nächsten großen Zäsuren dann unter der Ägide von 'Rot-Grün': Der erste völkerrechtswidrige Angriffskrieg Nachkriegsdeutschlands gegen Jugoslawien, im NATO-Verbund entsprechend der u.A. von Zbigniew Brzezinski angestrebten Implementierung der USA als "Einzigste Weltmacht" mit der Ukraine als Herzstück für den Durchmarsch nach Moskau und weiter gen Osten - der Weltherrschaftsgedanke ist fruchtbar noch. Zeitgleich erfolgte mit der 'AGENDA 2010' der neoliberale Generalangriff nach innen, auf das Gemeinwesen, die Sozialsysteme und die Arbeitsbedingungen der Mehrheit der Bevölkerung in Ost wie West: Ausverkauf öffentlichen Eigentums, von Einrichtungen und Strukturen der öffentlichen Daseinsvorsorge, die zweite große Welle an Enteignungen, Existenzvernichtung, Verarmung - verbunden mit weitgehender Entrechtung qua Gesetz, Vereinzelung auch mittels strukturellem Umbau der Arbeits- und Sozialämter und damit weitgehender Wehrlosigkeit der dem Unterworfenen.

Von den Architekten und der am Bau des Asozialen Beteiligten erwartet zu Recht niemand mehr Solidarität! Genauso wenig, wie von den 'Etikettenschwindlern', die uns (z.B. Sozialhilfeempfängern) nur "Haltet's Maul, euch gehts doch gut" entgegen. Diese Politik und ihre Täter bezeichnen wir als FASCHISTOGEN und RECHTSÖFFNEND. Denn wen ausser AfD, PEGIDA etc. haben sie übrig gelassen, die, oberflächlich betrachtet, dem diffamierten oder medial verschwiegenen Protest Aufmerksamkeit verschaffen, während sie woke und achtsam in ihren Clubs vegane Cocktails schlürfen?

Partei-Linke wie Sarah Wagenknecht, die die Widersprüche thematisieren und versuchen, die Widersprechenden zu organisieren, werden genau so angegriffen und von der vorgeblich linken Szene isoliert wie die GL und das HF. Dabei sind sie die Wenigen, die die gute antifaschistische Praxis der KPD der 20iger Jahre des vorigen Jahrhunderts fortführen.

Selbst im ländlich-kleinstädtischen Milieu Uelzens "In fast allen politischen Versammlungen meldete sich (Kurt) Schwotzer als Führer der örtlichen Kommunisten als Diskussionsredner. So lenkte er immer wieder die Aufmerksamkeit der politisch interessierten Kreise auf die KPD ...". (aus: Günter Bismark, Uelzen 1918-1945, Von den Roten Räten bis zum Ende der braunen Bonzen, Becker Verlag Uelzen 1986, S.79)

" 14.11.1929 Die NSDAP hatte in der Stadthalle eine öffentliche Versammlung anberaumt, zu der der Reichstagsabgeordnete Gregor Strasser als Redner erschienen war. Schon lange vor der Versammlung war der Saal überfüllt (...). Die Zahl der Besucher wurde auf 1200 geschätzt. (...) " (Strasser äußerte u.a. zahlreiche soziale und antikapitalistische Ziele der NSDAP; d.Verf.) "In der Aussprache meldete sich als Vertreter der Kommunistischen Partei Herr Schwotzer, der feststellte, daß Kommunisten und Nationalsozialisten in manchen Punkten konform gingen. Im übrigen kritisierte er manche Punkte des nationalsozialistischen Parteiprogramms..." (ebenda S.70)

1930 wurde der Aufruf zur Bildung einer "Proletarischen Einheitsfront gegen die faschistische Diktatur" verteilt, der folgende Passage enthielt: " Wir wenden uns vor allem auch entschlossen den antikapitalistischen gestimmten Werkträgern im Lager des Nationalsozialismus, den irreführten Arbeitern, Angestellten, kleinen Beamten und Mittelständlern zu, die auf die trügerischen Phrasen und Versprechungen der Hitler und Goebbels hineinfelen. Wir zeigen auch ihnen die Klassenfronten auf, wir rütteln auch sie auf für den Freiheitskampf, Schulter an Schulter mit den Kommunisten, der allein das heutige System der kapitalistischen Ausplünderung und der räuberischen Young-Sklaverei beseitigen kann."

(aus: Reimer Egge (Stadtarchivar), Kommunistische Bewegung und Aktivitäten in der Region Uelzen seit den 20iger Jahren bis zur Auflösung der DDR, Verlag der Stadt Uelzen 2009, S.18 (Auszug))

Die Durchsetzung bürgerlicher Interessen durch den Hamburger GEW-Vorstand findet ihre historische Vorlage ebenfalls in Uelzen (aus der Tagesausgabe der kommunistischen Norddeutschen Zeitung vom 29.1.1929):

"Infolge des Verrats der sozialdemokratischen Führer und Minister wird auch der Einfluß der Noske-Partei (SPD) immer geringer. Lediglich auf Kosten des Bürgertums können die Verräter noch so ein herrliches Leben führen.(...)Um diese Entwicklung zu dämmen oder zu zerschlagen, arbeiten Reformisten und Behörden Hand in Hand.(...) Da man kein anderes weiß, versucht man, uns das Lokal zu entziehen. "Im " (gewerkschaftseigenen) "Volksheim sollen sich alle Kreise der Bevölkerung wohlfühlen." Stahlhelmer, Hakenkreuzler und Bibelforscher sind herzlich willkommen. Aber für revolutionäre Arbeiter ist dort kein Platz mehr. Der Kirchengesangsverein und das Reichsbanner sollen verlangt haben, uns das Lokal zu verweigern. Andernfalls wollen diese Bürger ausziehen. Dies lehnten die Verantwortlichen zunächst ab. Jetzt will man uns finanziell schlagen. Während alle anderen Organisationen keine Zimmermiete bei Versammlungen zahlen und für den Saal wenig oder nichts, verlangt man von uns fünfundzwanzig Mark." (ebenda S.27)

- WAS TUN ? (für Nicht-Korruptierte)
- Rechtsnennende Organisationen, Gruppen, einflussreiche Personen, deren Interessen und Politik entlarven.
- Gemeinsame Vorstellungen und Strukturen entwickeln, praktische Solidarität, auch im Alltag
- Solidarität mit Gewerkschaftslinken und Hamburger Forum! Kostenfreie Nutzung des Curio-Hauses für beide Verbände

Corinna Kammermeier, Karl-Heinz Gerum, 30.7.23

[ANTIFADA - Links, und nicht link!](#)

